

Mehrverkehr akzeptieren

Wilchingen muss vorerst mehr Lastwagenverkehr in Kauf nehmen. Daran ändert auch eine Aussprache nichts.

Wilchingen. Seit Mitte Dezember ist - wie berichtet - ein Lastwagenstreit im Unteren Klettgau entbrannt. Die für die Unterklettgauer wichtige Landesstrasse 164 in den Wirtschaftsraum Zürich wurde in den letzten Wochen durch Massentransporte - Erdaushub von der Baustelle ETH/Hönggerberg in die Kiesgrube der Firma Hablützel in Wilchingen - arg in Mitleidenschaft gezogen. Das Landratsamt Waldshut unterbindet nun seit dem 1. Februar durch eine Gewichtsbeschränkung auf 7,5 Tonnen diese Transporte. Damit sollte der bereits beschädigte Strassenabschnitt zwischen Bühl und dem Zollamt Bühl so geschont werden, dass dieser Streckenabschnitt weiterhin für den PKW-Verkehr zwischen dem Unteren Klettgau, dem unteren Wutachtal und der Region Zürich sichergestellt werden kann.

Vor wenigen Monaten wurde das Zollamt **Wangental** geschlossen und die Strecke Hüntwangen-Bühl als Ersatz priorisiert. Dadurch, dass nun diese Strecke mit einer Gewichtsbeschränkung belegt wird, ist der Untere Klettgau für über 7,5 Tonnen schwere Fahrzeuge im regulären Grenzverkehr nur noch über das Zollamt Neuhausen an Zürich angebunden. Dieser Zustand ist für Bewohner und Wirtschaft im Unteren Klettgau gemäss einem Communiqué von Hans Rudolf Meier, dem Präsidenten der Gemeinde Wilchingen, und der Swuk (Regionalkonferenz Struktur- und Wirtschaftsentwicklung Unterer Klettgau), nicht tragbar. Viele Bemühungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Bevölkerung und die Unternehmungen im Unteren Klettgau, welche die Swuk-Gemeinden unternommen haben, seien durch diese einschneidende Massnahme gefährdet.

Deshalb fand auf Initiative der Swuk und in Absprache mit dem Baudepartement des Kantons Schaffhausen im Rathaus Klettgau-Erzingen eine Aussprache statt, an der Vertreter der Gemeinden Klettgau und Hüntwangen, der Swuk-Gemeinden, des Landratsamtes Waldshut, des Strassenbauamtes Bad Säkingen, des Tiefbauamtes Zürich, der Zollämter sowie der Kantonspolizei Zürich teilgenommen haben (siehe SN vom 4.2.). Nach ausgiebiger Diskussion kam die Delegation zum Schluss, dass die Gewichtsbeschränkung für den Moment «die einzige und richtige Massnahme» ist und dass sie vorerst allseits akzeptiert wird. Zur Erarbeitung einer nachhaltigen Lösung fehlten aber noch Grundlagen, die zuerst von den Fachbehörden erarbeitet werden müssen. Erst nachher will die Delegation die ökonomisch und ökologisch sinnvollste Zubringerachse aus dem Unteren Klettgau in den Grossraum Zürich definieren, den Entscheidungsträgern vorschlagen und erst dann über eine definitive Lösung entscheiden.

Bis dahin werden die Aushubtransporte (sie dauern noch bis Anfang März) zur Kiesgrube Hablützel über die Strecke Jestetten-**Wangental**-Wilchingen nach Unterneuhaus abgewickelt. Dies mache, so Meier, zum jetzigen Zeitpunkt Sinn, weil diese Strecke nur vier Kilometer länger, weniger coupiert ist und nur eine Gemeinde traversiert. Als Standortgemeinde der Deponie hat Wilchingen, zumindest jetzt, eine grössere Belastung auf sich zu nehmen. Meier: «Ich bitte die Wilchingerinnen und Wilchinger um Verständnis für die momentane Verkehrsmehrbelastung und bitte sie, vorläufig nicht auch einen Anspruch auf eine Gewichtsbeschränkung im **Wangental** zu erheben.» Denn eine solche würde den Unteren Klettgau und damit das Gewerbe und die Industrie vollends abseits stellen. «Aber auch die Projekte des öffentlichen Verkehrs, vor allem der geplante Anschluss an die S 5, den wir zusammen mit unseren deutschen Nachbargemeinden realisieren möchten, sind durch solche Massnahmen gefährdet. Wir wollen dieses Verkehrsproblem gemeinsam und grenzüberschreitend lösen.» Dazu sollten sachliche und emotionslose Verhandlungen geführt werden. Gegenseitige Vorwürfe würden den Bemühungen, die Region des Unteren Klettgaus strukturpolitisch voranzubringen, nur schaden. «Wir brauchen eine tragbare und nachhaltige Lösung, bei der es keine Verlierer gibt», so Meier abschliessend. (r.)